



Die Vorsitzende des Ausschusses für
Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und
Integration
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Astrid Koba

Wiesbaden, 18.09.2014

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

ACHTUNG: GEÄNDERTER SITZUNGSORT

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
am Dienstag, 23. September 2014, um 17:00 Uhr,
Bildungs- und Kulturverein e.V. - Süleymaniye Moschee,
Dotzheimer Str. 24-26, 65185 Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

1. Genehmigung der Niederschrift vom 08.07.2014

NEUE ANTRÄGE

2. 14-F-33-0100

Integrationsbeauftragte in Wiesbaden
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 17.09.2013 -

Mit Beschluss Nr. 0148 hat die Stadtverordnetenversammlung am 22.03.2012 beschlossen, den Wiesbadener Ortsbeiräten die Benennung von so genannten Integrationsbeauftragten zu empfehlen. Dies ist in mehreren Ortsbeiräten auch geschehen. Einen ersten Bericht hat der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration in seiner Sitzung am 9.3.2013 erhalten. 18 Monate nach diesem Bericht ist von Interesse, wie sich das Projekt Integrationsbeauftragte weiterentwickelt hat.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- a) welche Wiesbadener Ortsbeiräte seit dem letzten Bericht Integrationsbeauftragte benannt haben;
- b) wie die Arbeit der Integrationsbeauftragten bisher angenommen wird und welche Erfahrungen die Integrationsbeauftragten selbst gemacht haben.

3. 14-F-03-0088

Flüchtlingssituation in Wiesbaden
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 17.09.2014 -

Die tragischen Ereignisse in den Kriegsgebieten, unter anderem auch in Syrien, zwingen viele Menschen ihre Heimat zu verlassen um in anderen Ländern Schutz zu suchen. Deutschland kommt seiner Verpflichtung nach und nimmt diese Kriegsflüchtlinge auf. Deren Versorgung und Unterbringung stellt die Kommunen vor eine große, aber leistbare Herausforderung. Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat sich jüngst dazu entschieden mobile temporäre Wohnmodule als Unterkünfte zu errichten und damit eine aktive Vorsorge für die Unterbringung der zu erwartenden Flüchtlinge zu leisten. Wir begrüßen dieses Engagement, welches aber noch weitere Fragen auf offen lässt.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. welche Maßnahmen vorgesehen sind, um eine angemessene Unterstützung, Integration der Kriegsflüchtlinge zu ermöglichen (z.B. bei Deutschkursen, Lotsendiensten, Sozialarbeit, Unterstützung bei Arztbesuchen oder Behördengängen)?
2. welche bereits laufenden Projekte des Integrationsamtes, oder der freien Träger es gibt, die sich an diese Zielgruppe wenden bzw. wie diese ergänzt oder erweitert werden können?
3. inwiefern die örtlichen Vereine (auch Sportvereine) bei der Integration der Flüchtlinge eingebunden sind?
4. welche zusätzlichen Angebote für die vom Krieg traumatisierten Menschen erforderlich und welche Finanzierungsmöglichkeiten hierzu vorhanden sind (unter Berücksichtigung von Landes-, Bundes-, EU-Mitteln)?
5. wie und durch wen diese Angebote koordiniert werden, an denen verschiedene Ämter und Dezernate beteiligt sind, und wie der Informationsfluss untereinander sichergestellt ist?

4. 14-F-08-0053

Sachstand Informationsfreiheitssatzung
- Antrag von Linke&Piraten vom 17.09.2014 -

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.3.2012 wurde unser Entwurf einer Informationsfreiheitssatzung den Stadtverordneten der Landeshauptstadt Wiesbaden als Beschlussvorschlag vorgestellt. Die Stadtverordnetenversammlung hatte daraufhin einstimmig beschlossen: „Der Magistrat wird beauftragt, im Rahmen des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration eine Anhörung zum Thema ‚Informationsfreiheitssatzung‘ durchzuführen.“ (Beschluss Nr. 0154)

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, einen Zwischenbericht abzugeben.

ANTRÄGE/SITZUNGSVORLAGEN MIT VORLAUF

5. 14-F-33-0033

Mehr Migranten in sozialen Berufen
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 19.03.2014 -

ANLAGE

6. 14-F-03-0041

Wiesbaden ist Fair-Trade-Stadt
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis90/Die Grünen vom 13.03.2014 -

ANLAGE

7. 14-F-03-0056

Betreuung von Kindern in Flüchtlingsunterkünften
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 05.04.2014 -

ANLAGE

8. 14-V-12-0001

DL 17/14-6

Bürgerbeteiligung in Wiesbaden

ANLAGE

NEUER SITZUNGSVORLAGEN (TOP 9 - 10)

9. 14-V-51-0041

DL 45/14-6

Errichtung einer Gemeinschaftsunterkunft in vier Wohncontainern für Flüchtlinge auf einer Teilfläche des Grundstücks Friedrich-Bergius-Straße, Wiesbaden (Gemarkung Biebrich, Flur 3, Flurstück 269/39)

10. 14-V-67-0005

DL 48/14-10, 47/14-13

Änderung der Friedhofssatzung

11. Bericht der Dezernentin

11.1 14-F-33-0082

Welcome Center für ausländische Fachkräfte
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 01.07.2014 -HIER: Mündlicher Bericht des Fachbereichs

ANLAGE

12. 14-A-21-0005

Städtepartnerschaften (Unterlagen wurden in der letzten Sitzung verteilt)

13. Verschiedenes

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Seite 5 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 23. September 2014

Vorsitzende